Landesbauernverband Brandenburg e. V. , Dorfstr. 1, 14513 Teltow OT Ruhlsdorf

An die Abgeordneten des
Brandenburger Landtages

LBV BRANDENBURG e.V.

Landesbauernverband
Brandenburg e.V.

Landesgeschäftsstelle

Dorfstraße 1
14513 Teltow OT Ruhlsdorf

Tel.: (03328) 31 92 01
Fax: (03328) 31 92 05

Internet: www.lbv-brandenburg.de
e-Mail: info@lbv-brandenburg.de

18. Februar 2016
sch-do-012

Offener Brief an die Mitglieder des Brandenburger Landtages

Volksbegehren gegen Massentierhaltung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Landesbauernverband Brandenburg e.V. hat sich in den letzten Monaten intensiv mit der öffentlichen, gesellschaftlichen Diskussion um die Nutztierhaltung und insbesondere mit den Forderungen des „Volksbegehrens gegen Massentierhaltung" befasst.
In seiner Sitzung am 08.02.2016 hat sich das Präsidium unseres Verbandes nochmals konkret zu den einzelnen Forderungen des Volksbegehrens positioniert (**siehe Anlage**).

Wir Landwirte beschäftigen uns nicht nur dann mit den Haltungsbedingungen unserer Tiere, wenn ein politischer oder gesellschaftlicher Druck aufgebaut wird. Bauern haben sich mit ihrer Wirtschaftsweise in der Vergangenheit immer an neue Bedingungen und Anforderungen anpassen müssen. Das Tierwohl und eine artgerechte Haltung sind für uns auch schon allein deshalb wichtig, da wir wissen, dass nur optimal gehaltene und gesunde Tiere gute Leistungen bringen können. Auch die berufsständischen Interessenvertretungen befassen sich intensiv mit dem Thema der Tierhaltung. Bereits 2013 haben die Delegierten des Deutschen Bauerntages nach mehrjähriger, intensiver innerverbandlicher Diskussion das „Leitbild Nutztierhaltung" verabschiedet. Dieses Leitbild gilt. Die Tierhalter sind zu Veränderungen bei der Haltung und Züchtung ihrer Nutztiere bereit und bringen sich in vielfältiger Weise in die Forschungsarbeiten zu diesen Fragen ein - auch in Brandenburg.

Bei der Diskussion und Entscheidung zu diesem Volksbegehren bitten wir Sie, auch die Auswirkungen einer Annahme der Forderungen des Aktionsbündnisses „Agrarwende" zu bedenken.
Unsere Landwirtschaft hat sich in den letzten 25 Jahren in einem äußerst schwierigen und teilweise schmerzhaften Umstrukturierungs- und Anpassungsprozess zu dem entwickelt, was sie jetzt ist: ein freier Wirtschaftszweig mit Betrieben jeglicher Rechtsform, Größe und Ausrichtung. Wie Sie wissen, prägt unser Land auch historisch die Möglichkeit, dass sich „jeder nach seiner Fasson" entwickeln kann.
Unsere landwirtschaftlichen Betriebe sind heute das Rückgrat der ländlichen Regionen unseres Landes und vielfach der einzige Arbeitgeber und Steuerzahler im Dorf. Mit einer pauschalen Umsetzung der Forderungen des Volksbegehrens würde nicht nur die Entwicklung sondern möglicherweise auch die Existenz dieser Unternehmen in Frage gestellt werden.

Wir möchten Sie auch darauf hinweisen, dass bei fast allen bisherigen Verschärfungen des Rechtsrahmens für die Landwirtschaft insbesondere die Tierhaltung im negativen Sinne betroffen war und belastet wurde.
Durch höhere Anforderungen geben darüber hinaus erfahrungsgemäß eher die kleineren Betriebe auf. Dadurch wird der nicht gewollte strukturelle Wandel in der Land und Agrarwirtschaft beschleunigt.

Uns ist bewusst, dass es Entwicklungstendenzen in der Agrarwirtschaft gibt, die diskutiert werden müssen.
Wir wollen auch, dass die Landwirtschaft nach den Grundsätzen einer Kreislaufwirtschaft nachhaltig betrieben wird, dass vor allem regionale Kreisläufe unterstützt und entwickelt werden, dass der Boden den ortsansässigen Bauern gehört, dass die junge Generation eine größere Chance zum Einstieg in die Betriebe bekommt und dass auch die Größe der Tierhaltungsanlagen nicht aus dem Ruder läuft.
Deshalb schlagen wir vor, darüber zu diskutieren, ob Baugenehmigungsverfahren für Tierhaltungsanlagen in Betrieben mit einem Tierbesatz von mehr als 2 Großvieheinheiten/ha Betriebsfläche in einem zusätzlichen Verfahren bewertet werden können, um damit auch das Mitspracherecht der Kommunen zu stärken.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Brandenburger Landwirte wollen sich nicht vom „Grünen Tisch" aus diskreditieren lassen.
Deshalb kritisieren wir deutlich die pauschalen Vorwürfe und lehnen die vereinfachten Forderungen des „Volksbegehrens gegen Massentierhaltung" ab.

Unser Präsidium wendet sich mit folgenden Empfehlungen an Sie als Mitglied des Brandenburger Landtages:

1. Wir empfehlen den Brandenburger Landtagsabgeordneten eine Ablehnung der Forderungen des „Volksbegehrens gegen Massentierhaltung".

2. Wir empfehlen den Brandenburger Landtagsabgeordneten, einen Gegenentwurf zum Volksbegehren zu formulieren und durch einen Volksentscheid zur Abstimmung zu bringen.

Wir haben es uns nicht leicht gemacht mit unserer Positionierung, denn für komplizierte Sachverhalte gibt es keine einfachen Lösungen. Da für Sie bei Ihrer Entscheidung im Landtag jedoch nur ein Ja oder ein Nein möglich ist, ist die Empfehlung der Brandenburger Land- und Agrarwirtschaft an Sie, mit einem klaren „Nein" abzustimmen.

Wir hoffen, dass Sie unsere Argumentation nachvollziehen und unseren Empfehlungen folgen können. Wir würden uns freuen, wenn der Brandenburger Landtag mit einem Gegenentwurf auf das Volksbegehren reagiert, in dem ein klares Bekenntnis zur modernen Landwirtschaft, zur Entwicklung der Tierhaltung und zur Stärkung unseres ländlichen Raumes abgegeben wird.
In die Diskussion hierzu würden wir uns sehr gern unterstützend einbringen.

Mit freundlichen Grüßen

Folgart
Präsident

Scherfke
Hauptgeschäftsführer

STOPPT Landfraß

Jede Sekunde gehen in Deutschland 11 m² landwirtschaftliche Fläche verloren – Schützt Acker und Grünland – stoppt den Flächenverlust!